

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

323

II. Ausgabe.

Wien, am 13. Oktober 1931.

Die Gehaltskürzung bei den Gemeindeangestellten.

Der Städtebund für eine einheitliche Regelung.

Das kürzlich vom Nationalrat beschlossene Budgetsanierungsgesetz verpflichtet die Gemeinden, die Bezüge ihrer Angestellten bis zum 1. November ähnlich, wie dies beim Bund bereits erfolgt ist, zu kürzen. Um dabei ein gemeinsames Vorgehen aller Gemeinden zu ermöglichen, hat der Städtebund auf Anregung einiger Landeshauptstädte für morgen, Mittwoch, vormittags seinen Grossen Ausschuss nach Wien einberufen. Bürgermeister Hofrat Ott (Salzburg) wird in dieser Sitzung das einleitende Referat erstatten. Ferner wird in der Sitzung nach einem Bericht des Stadtrates Breitner die Umwandlung der kurzfristigen Gemeindekredite in Kommunalobligationen neuerlich behandelt werden, da die Regierung der Wiener Landeshypothekenanstalt noch immer nicht die Genehmigung zur Ausgabe dieser Papiere erteilt hat und die Gemeinden unter der drückenden Zinsenlast zusammenbrechen. Schliesslich wird Bürgermeister Fischer (Innsbruck) über die Durchführung einer Winterhilfe für die ausgesteuerten Arbeitslosen in den Gemeinden referieren. Die Städtevertreter werden nachmittags bei Bundeskanzler Dr. Buresch und Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Resch versprochen.